

The background of the entire cover is a close-up, slightly blurred image of the American flag, showing the red and white stripes and the blue field with white stars. Overlaid on the flag is a map of the Americas, including North and South America, rendered in a dark blue color with white stars, matching the flag's design.

Anton Pelinka

WIR SIND ALLE AMERIKANER

Der abgesagte Niedergang der USA

braumüller

Anton Pelinka

WIR SIND ALLE AMERIKANER

Anton Pelinka

**WIR SIND ALLE
AMERIKANER**

Der abgesagte Niedergang der USA

braumüller

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

1. Auflage 2013
© 2013 by Braumüller GmbH
Servitengasse 5, A-1090 Wien

www.braumueeller.at

Lektorat: Wolfgang Straub
Satz: Palli & Palli OG, A-6020 Innsbruck
Coverillustration unter Verwendung von Bildmaterial
von fckn_images / istockphoto.com und Mifti_Stock / sxc.hu
ISBN der Printabgabe: 978-3-99100-099-0

ISBN E-Book: 978-3-99100-100-3

INHALT

Vorwort

Kein Untergang des Westens

Ein amerikanisches Zeitalter

The West and the Rest

Die USA: Spiegelbild der Stärken und Schwächen des Westens

Beacon on the Hill

Religiöser und sekundärreligiöser Messianismus

Widersprüche

Der große Unterschied

Von Amerika lernen?

Bestätigung und Wiederkehr der Faszination

Schmelztiegel Amerika

Die Elite definiert Volk und Nation

Eine neue Nation

Who Governs?

Back to Blood?

Das Schicksal der „WASPs“ und die Hartnäckigkeit der Hopi

Eine ganz normale Demokratie

Das Modell des Verfassungsstaates

Die Macht der Wächter

Amerika und Europa wachsen zusammen

Unterschiede und Parallelen

Zeichen des Niedergangs?

Weltmacht Amerika

Amerika: noch immer ein Traum

Anders als die anderen?

Gleichmacher Globalisierung

Die Naivität des Antiamerikanismus

Feindbild Amerika

Antiamerikanismus und legitime Kritik

Antiamerikanismus als Zeichen von Denkschwäche

Amerika als „Defining Other“?

Geschichtstrunkenes Amerika

Wer sind wir?

Der Bürgerkrieg

Kontinuität und Personalisierung

Die Globalisierung der Geschichte

Laboratorium der einen Welt

Amerika als Projektionsfläche

Demokratie ohne Alternative

Die große Lust am kleinen Unterschied

Die Macht der Megatrends

Die kosmopolitische Zukunft hat schon begonnen

Literatur

VORWORT

Eine Anregung für diese Arbeit war *Simon Schamas* wundervolles Buch „*The American Future. A History from the Founding Fathers to Barack Obama*“. *Schama*, mit dem gemeinsam ich ein Jahr (1990/91) als Fellow am Minda de Ginzburg Center for European Studies der Harvard University verbrachte, schrieb ein Buch, das seine persönlichen Erfahrungen als Europäer in Amerika mit einer Analyse von Politik und Gesellschaft der USA verband. Das machte mir Mut, ein Buch zu schreiben, das auf sehr persönlichen Erfahrungen beruht – und gleichzeitig auch so etwas wie den politikwissenschaftlichen Stand des Diskurses um Amerika ausdrückt.

Das Buch ist auch ein Diskussionsbeitrag zu der Debatte, die von meinem Freund *Andrei Markovits* auf den Punkt gebracht wurde: Europa (miss)braucht Amerika als „Defining Other“; als etwas, von dem Europa glaubt, sich ständig abgrenzen zu müssen. *Markovits* Argumentation überzeugt – was die subjektive Seite betrifft: die zumeist feindselige, misstrauische, jedenfalls immer auf Distanz bedachte Wahrnehmung Amerikas in weiten Teilen Europas. Meine Argumentation soll *Markovits*’ Position ergänzen: Europa bildet sich ein, von Amerika so verschieden zu sein. Aber in Wirklichkeit ist es Amerika sehr, sehr ähnlich.

Der Hintergrund des Buches sind Erfahrungen, die ich über Jahrzehnte hindurch bei kürzeren und längeren Aufenthalten in den USA sammelte – ergänzt durch Erfahrungen, die ich in Vorlesungen und Seminaren in Hörsälen machen konnte: an europäischen, an amerikanischen Universitäten; Erfahrungen mit der Herausforderung, die Komplexität Amerikas „auf den Punkt“ zu bringen, ohne unzulässig zu vereinfachen.

Im Sinne der Alltagssprache verwende ich in diesem Buch den Begriff Amerika oft synonym für die USA. Das dient ebenfalls der Lesbarkeit – lateinamerikanische und kanadische Freunde mögen dies verzeihen. Die persönliche Note des Buches kommt in den

ersten Absätzen jedes der acht Kapitel dadurch zum Ausdruck, dass sie kursiv gesetzt sind. Sie stehen für den subjektiven Zugang zu den einzelnen Themenbereichen. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, sind die Quellen- und Literaturbezüge auf ein Minimum reduziert.

Das Entstehen des Buches ist der bewährten Zusammenarbeit mit *Ellen Palli* zu verdanken, die – wie immer, bin ich versucht zu schreiben – für die technische Seite in höchst kompetenter Weise zuständig war.

Budapest, Wien, Innsbruck, Sommer 2013

KEIN UNTERGANG DES WESTENS

Dezember 1947. Im 18. Wiener Gemeindebezirk findet ein Weihnachtsfest für Schulkinder statt. Eingeladen haben „die Amerikaner“: Vertreter der USA, die 1945 Österreich befreit und gleichzeitig besetzt hatten – gemeinsam mit der UdSSR, Großbritannien, Frankreich. Der 18. Bezirk, in dem meine Familie wohnte, war Teil der US-Zone. Und ohne dass ich die Möglichkeit gehabt hätte, einen Vergleich mit Weihnachtsfeiern in anderen Bezirken zu ziehen, war ich als gerade Sechsjähriger überzeugt, dass es eine schönere Weihnachtsfeier in ganz Wien nicht geben könnte.

Ich war positiv voreingenommen. Meine Eltern waren keine Nationalsozialisten und keine Kommunisten. Als politisch denkende Menschen sahen sie, im Österreich der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der Anwesenheit amerikanischer Truppen grundsätzlich nur Vorteile. Mir waren schon die großen amerikanischen Autos aufgefallen. Und die amerikanischen Soldaten waren in „meinem Bezirk“ immer nur freundlich – so schien es mir. Die Weihnachtsfeier bestärkte mich in meinem Urteil: Es gab viel Schokolade, ein Santa Claus trat auf – der sah „meinem“, dem Wiener Nikolaus sehr ähnlich. Und in dem Orchester, das für die Musikbegleitung sorgte, gab es eine Bassgeige, die mir beeindruckend riesig vorkam. Alles in allem – eine geglückte PR-Aktion der USA.

Vieles kam später dazu: US-Soldaten, die Baseball spielten – ein mir völlig unverständlicher Sport. Anders als Basketball, das ebenfalls von US-Soldaten gespielt wurde und das mich sofort faszinierte. Die Fotos, die ich von New York sah, inspirierten mich zu einem Drehbuch für ein Kindertheater – „Kasperls Reise nach

New York“. Die USA beschäftigten mich. Aber ich wurde nicht zu einem unkritischen Bewunderer. In den 1950er-Jahren empörten mich die rassistischen Fanatiker, die – etwa in Little Rock, 1957 – die Aufhebung der Segregation „schwarzer“ Kinder verhindern wollten. Ich fand Dwight D. Eisenhowers Entscheidung, in Little Rock mit militärischer Gewalt das 1954 gefällte Urteil des Supreme Court umzusetzen, völlig richtig; auch wenn ich 1952 und 1956 die Daumen für den demokratischen Kandidaten Adlai Stevenson gedrückt hatte. Und 1960, im Jahr meiner Matura, hätte ich gerne John F. Kennedy unterstützt – wäre meine Hilfe nur gebraucht worden.

Die negative Seite der USA war durch den Ku-Klux-Klan symbolisiert. Dass die USA erst im Zuge eines blutigen Bürgerkriegs die Sklaverei abgeschafft hatten, dass fast ein Jahrhundert nach Abraham Lincoln die Rassendiskriminierung nicht aufgehört hatte, empörte mich. „Vom Winde verweht“ – „Gone with the Wind“ – verachtete ich als Propagandafilm amerikanischer Rassisten. Doch mir war bewusst, dass meine Einstellung nicht unbedingt typisch für meine Umgebung war. Da hörte ich nur zu oft: „Die Amerikaner haben doch keine Geschichte und keine Kultur“. Und in Bemerkungen, dass „Rassenmischung“ doch nur die „schlechten Eigenschaften der einzelnen Rassen“ fördern würde, hörte ich in Europa dieselbe Bereitschaft zu denselben unsinnigen wie gefährlichen Vorurteilen wie die, für die der Klan stand.

Doch wenn es in den Konfrontationen der Nachkriegszeit darauf ankam, emotional Partei zu ergreifen, war für mich die Seite der USA immer die „richtige“: Im Korea-Krieg vor allem, in dem ich, als Kind, einen Kampf des Guten gegen das Böse sah. Allmählich führte aber mein Interesse an Politik zu einer differenzierten Betrachtungsweise: Im Bau der Berliner Mauer etwa, 1961, sah ich primär ein Schwächezeichen des sowjetischen Systems und erst in zweiter Linie ein moralisch empörendes Ereignis. Und das schon unter Kennedy beginnende militärische Engagement in Vietnam hatte für mich vor allem eines: ein großes Fragezeichen. Nicht, dass ich eine Intervention der USA von vornherein verurteilt hätte – dazu war meine frühkindliche, positive Erfahrung mit den Befreiern des Jahres 1945 zu lebendig. Aber die Vietnam-Politik der USA war für mich ein gefährliches Experiment: Die USA sollten, in

Verbindung mit den unendlichen Leiden eines vor allem Vietnam treffenden Krieges, die Grenzen ihrer Macht erfahren.

Als ich die Möglichkeit hatte, die Ein- und Ausreiseprozeduren auf US-amerikanischen Flughäfen mit denen auf sowjetischen zu vergleichen, war eines überdeutlich: In den USA wurde die Einreise streng kontrolliert – in der UdSSR die Ausreise. Die USA gingen, wohl aus guten Gründen, davon aus, dass es attraktiv ist, nach Amerika zu kommen. Die Sowjetunion musste, aus ebenso guten Gründen, von der Attraktivität der Ausreise (der Flucht?) aus dem Land Lenins ausgehen. Die USA mussten (und müssen) Zuwanderung kontrollieren. Die Sowjetunion sah sich durch Auswanderung bedroht.

EIN AMERIKANISCHES ZEITALTER

1947 verkündete *Harry S. Truman* die mit seinem Namen verbundene Doktrin. Diese wurde zur Grundlage für eine globale Politik der USA im Kalten Krieg. Motiviert durch die – scheinbare, anscheinende – Entschlossenheit der Sowjetunion, das sowjetische Modell des Regierens mit allen möglichen Mitteln weltweit zu exportieren, setzten die USA dagegen. „Containment“ hieß die Politik, der *Truman* folgte, gestützt auf das mit dem Namen *George Kennan* verbundene Strategiepapier: Der sowjetischen Expansion sei mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten, nötigenfalls auch mit denen des Krieges. Die Bereitschaft der USA, einer sowjetischen Aggression auch militärisch entgegenzutreten, wurde als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Friedens gesehen, weil nur eine solche erkennbare, glaubwürdige Bereitschaft eine gewaltsame Ausweitung des sowjetischen Einflussbereiches zu verhindern versprach.

1949 wurde die Volksrepublik China ausgerufen, und in Vietnam war eine kommunistisch geführte Unabhängigkeitsbewegung nicht mehr zu stoppen. In ebendiesem Vietnam sollte die der *Truman*-Doktrin folgende US-Politik an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen. In Europa mit „Containment“ erfolgreich, fanden die USA in Asien zu keiner entsprechenden, erfolgreich umgesetzten Strategie.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR galten die USA aber als die einzige verbleibende Supermacht, die (wie 1991 im Irak sowie 1995 und 1999 im vormaligen Jugoslawien) der Welt ihren Stempel aufzudrücken vermochte. Die USA waren nicht unbedingt stärker geworden, ihnen war aber der Gegenspieler abhandengekommen. Die USA, so schien es, würden in den kommenden Jahrzehnten der Welt nach Belieben diktieren können.

Das alles wurde unter der Präsidentschaft *George W. Bushs* verspielt. Sein im Frühjahr 2003 verkündetes „mission accomplished“ – eine Triumphmeldung, mit der er sich und der Welt etwas vormachen wollte – ging in die Geschichte als Beispiel amerikanischer Selbstüberschätzung ein. Die USA waren in der Lage, das System eines irakischen Diktators zu zerstören. Die USA waren nicht in der Lage, einer Region Demokratie und Prosperität zu garantieren.

Seither sind die Medien voll von Fantasien über das Heraufdämmern eines von China bestimmten Zeitalters. Die USA – absteigend, China – aufsteigend. Seither werden mit guten und weniger guten Argumenten den USA ihre Schwächen vorgehalten: die wachsende Ungleichheit in der US-Gesellschaft, die Verschlechterung der Infrastruktur, das Ungenügen des öffentlichen Schulwesens, die Begrenzung der Handlungsfähigkeit durch eine zunehmend ideologisch polarisierte Innenpolitik, der immanente Gewaltcharakter der amerikanischen Gesellschaft, der weiter schwelende Rassismus.

Harry S. Truman und *George W. Bush* – waren das bereits Anfang und Ende des amerikanischen Zeitalters? Sind die USA ein gescheitertes Imperium, das primär die Geschichtswissenschaft interessiert, wie das Römische Kaiserreich oder *Napoleons* Empire? Übersehen wird bei diesen vorschnellen Nachrufen, wie sehr und wie dauerhaft die USA die Welt prägten – jenseits ihrer politischen, militärischen, wirtschaftlichen Macht. China ist zu einem formidablen Akteur der Weltpolitik geworden, weil sich Chinas Wirtschaft nach dem Ende der fatalen Kulturrevolution schrittweise an westlichen Vorbildern orientiert – das heißt, am Vorbild der USA. Die Gruppe der BRICSStaaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) ist in jedem einzelnen Fall den USA heute ähnlicher als vor dreißig, vierzig Jahren. Der Unterschied zwischen den USA und der übrigen Welt ist heute geringer als je zuvor. Die USA

beherrschen nicht die Welt. Aber die Welt ist amerikanisch geworden.

Die USA konnten 2003 durch ihre Militärintervention im Irak dem Nahen Osten nicht den Frieden und auch nicht die Demokratie bringen. Die USA aber inspirieren mehr denn je russische Dissidenten, chinesische Oppositionelle, indische WissenschaftlerInnen und die brasilianische Wirtschaft. Die Welt ist in einem hohen Maße amerikanisiert. Was braucht es da, könnte man fragen, den Nachweis der Überlegenheit der US-Militärmaschine oder der amerikanischen Industrieproduktion?

Joseph Nye hat in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts, als die USA nach dem Ende des Kalten Krieges vor Selbstbewusstsein strotzten, bereits gewarnt: Die USA können weltpolitisch nicht allein handeln; sie brauchen Partner, brauchen Alliierte. Die USA als allein agierender Weltpolitist wären maßlos überfordert: wirtschaftlich, militärisch. Vor allem aber darf die amerikanische Gesellschaft sich nicht mit der simplifizierenden, letztlich verblödenden, weil intellektuell einschläfernden, isolierenden Formel von der „greatest nation on earth“ einlassen. Die USA können und dürfen sich nicht als eine Insel sehen, die der Welt politisch zu diktieren, sich aber von der Welt konsequent abzugrenzen vermag.

In allen seriösen Statistiken des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts sind die USA nicht Nummer eins unter den Staaten der Welt – weder im Pro-Kopf-Einkommen noch bezogen auf das Bildungsniveau der amerikanischen Kinder; auch nicht in der durchschnittlichen Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürger, und schon gar nicht in den Daten über Gewaltverbrechen oder bezüglich der Chancen eines Menschen, einen Teil seines Lebens hinter Gefängnismauern verbringen zu müssen. Wenn es allerdings um die Fähigkeit geht, Kriege zu führen, sind die USA noch immer die führende Macht der Welt. In der Militärtechnologie haben die USA einen gewaltigen Vorsprung – vor China, vor Russland, vor Europa. Aber was können sie damit anfangen? Offenbar reicht diese Kapazität nicht aus, um ein verhältnismäßig kleines Land wie Afghanistan zu stabilisieren. Die USA – ein militärischer Riese, dem die politische und gesellschaftliche Kraft abhanden kommt, seine Hochrüstung in eine globale Führungsrolle umzusetzen?

In der US-Politik gibt es den Begriff „lame duck“. Ein Präsident, der – vor allem gegen Ende seiner zweiten Amtszeit – keines seiner Programme mehr umzusetzen vermag, ist eine solche „lahme Ente“. Im Kongress gilt so ein Präsident bereits als Geschichte, und die öffentliche Meinung erwartet nichts mehr von ihm. Sind die USA in ihrer globalen Rolle eine „lame duck“?

Ein israelischer Premierminister kann einen US-Präsidenten ignorieren, der – wie *Barack Obama* – bestimmte Schritte einfordert, die für eine Friedenslösung im Nahen Osten notwendig wären. Ein Präsident Venezuelas kann vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen den US-Präsidenten (*George W. Bush*) einen Teufel nennen und mit Verachtung von den USA sprechen, wenn er seine „bolivarische Revolution“ forciert, die eine entschiedene Anti-US-Tendenz aufweist. Ein iranischer Präsident kann, ebenfalls das Forum der Vereinten Nationen nutzend, in New York den USA eine moralische Lektion erteilen. Und die USA können ihre Gefolgsleute und ihre Diplomaten nicht schützen – wie der 2011 gestürzte Präsident Ägyptens und der 2012 ermordete US-Botschafter in Libyen erfahren mussten.

Nimmt man die USA als Nationalstaat, dann weisen die Indikatoren amerikanischer Macht nach unten. Nimmt man aber die USA als erste Macht des Westens, und definiert man diesen nicht geografisch – Europa plus Nordamerika –, sondern als ein grundsätzlich überall verwirklichtes System, dann sind die USA mehr denn je global bestimmend.

THE WEST AND THE REST

Der Westen, das ist die in Europa begonnene Aufklärung, die sich nicht bloß europäisch versteht, die in ihrer Neigung, Bestehendes zu hinterfragen, einen ständigen Lernprozess fördert. Der Westen, das ist die Demokratie, die sich im britischen Parlamentarismus und amerikanischen Republikanismus, in den französischen Revolutionen und in der Schweizer Konsensdemokratie äußert; aber auch in der ebenso komplizierten wie erstaunlich stabilen Demokratie Indiens, in der Traditionen des Subkontinents sich mit

den Erfahrungen der Demokratie in Europa und den USA verbinden. Der Westen, das ist die ökonomische Dynamik eines das individuelle Gewinnstreben akzeptierenden und kanalisierenden Marktmechanismus, der nationale Grenzen sprengt und sich – am deutlichsten im nach-maoistischen China – gegenüber den marxistisch-leninistischen und anderen Alternativangeboten als überlegen erweist. Der Westen, das ist der Säkularismus, der – explizit (wie etwa in Indien) oder implizit – individuelle religiöse Freiheit garantiert, der keiner Religion (besser: keiner Konfession) das Recht einräumt, die Normen der Gesellschaft direkt zu bestimmen.

1942 schrieb *Joseph Schumpeter*, Professor an der Harvard University, sein Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“. *Schumpeter*, der in früheren Jahren Professor an den österreichischen Universitäten Czernowitz und Graz und kurze Zeit – am Beginn der Ersten Republik – auch österreichischer Finanzminister war, gab mit seinem Buch dem Verständnis von Demokratie eine neue Qualität. Doch was bedeutete Demokratie 1942? Der europäische Kontinent war, mit Ausnahme der demokratisch-neutralen Kleinstaaten Schweden und Schweiz, fest im Griff von Diktatoren. In Asien hatte die japanische Militärdiktatur ein Imperium errichtet, das von den Grenzen Indiens und Australiens bis zu den Alaska vorgelagerten Inseln der Aleuten reichte. In Afrika herrschten europäische Kolonialmächte, die einander bekriegten, und in Lateinamerika dominierte ein volatiles Amalgam von autoritären Systemen, die sich mehr oder weniger glaubwürdig einen demokratischen Anstrich gaben. In keinem anderen Jahr der Geschichte des 20. Jahrhunderts schien die Entwicklung so sehr gegen die Demokratie zu laufen, ja schien die Demokratie bereits Bestandteil der Geschichte zu sein. Beschäftigte sich *Schumpeter* nicht mit einem Modell politischer Ordnung, das im Sterben lag?

Ein Sieg der Achsenmächte, aus der Sicht des Jahres 1942 nicht völlig unplausibel, hätte *Schumpeters* Buch wohl zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Vor allem eine NS-Herrschaft über ganz Europa und eine Herrschaft des japanischen Militarismus über ganz Ost- und Südostasien wäre das Ende der globalen Konzeption von Demokratie gewesen. Der Westen als demokratische und rechtsstaatliche Konzeption wäre wohl insgesamt Geschichte

geworden. Doch es kam anders – vor allem Dank der USA. Und: Hätte im Kalten Krieg sich die Zweite Welt, im Sinne des von *Nikita Chruschtschow* propagierten Wettbewerbs der Systeme, als erfolgreich erwiesen, die Niederlage des Westens wäre zwar eine weniger eindeutige als bei einem Sieg der *Hitlers & Co.*, aber eine Niederlage wäre es gewesen. Anders als der Nationalsozialismus und der japanische Militär imperialismus war der Marxismus zwar ein Produkt der Aufklärung und damit des Westens: eine Alternative zu den westlichen Konzeptionen von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft, aber wie die Intention des Westens von grundsätzlich universalem, globalem Zuschnitt. Dennoch hätte eine wohl nicht realistisch, aber hypothetisch denkbare Niederlage der USA und deren Verbündeten im Wettbewerb der Systeme gewaltige Folgen für die Werte, die mit dem Westen zu Recht identifiziert werden – vor allem für die persönlichen, individuellen Freiheiten.

Doch der Westen siegte in einer militärischen Allianz mit der Sowjetunion gegen die Achsenmächte, die Angriffskriege vom Zaun gebrochen hatten, und in einem letztlich zwar potenziell, nicht aber aktuell kriegerischen Wettbewerb mit der von der Sowjetunion geführten Zweiten Welt. Der rote Stern über den Türmen des Kreml, der einmal für den globalen Anspruch einer sich auf die internationale Solidarität der gesamten Arbeiterklasse berufenden Weltrevolution strahlte – wofür und für wen strahlt er noch? Für einige altlinke Nostalgiker? Oder doch nur als Zeichen der wachsenden touristischen Attraktivität der chaotischen, kapitalistischen Millionenmetropole Moskau?

Das *Lincoln Memorial* im Herzen von Washington, D.C. – es verkörpert noch immer einen globalen Anspruch. Die Demokratie, so die in den Marmor des Denkmals gemeißelten Worte der Gettysburg-Rede von 1863, sei die Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk: eine Formel, voll von Widersprüchen und unbedingt interpretationsbedürftig. Aber es ist eine Formel, die eine Kernbotschaft, ja die zentrale Botschaft des Westens vermittelt – und nicht nur eine der USA. Daran ändert der notwendige Hinweis auf das Diffuse des Begriffes „Volk“ nichts. Und daran ändert auch der Verweis darauf nichts, dass *Lincoln* selbst und die USA immer wieder vor und nach *Lincoln* dem Anspruch dieser Botschaft nicht gerecht wurden und werden. Die Botschaft *Lincolns* steht – die

Botschaft *Lenins* steht auch, aber nur mehr in den Geschichtsbüchern.

Dass der Westen dekadent sei, das entsprach einer bestimmten europäischen Zeitgeistigkeit des späten 19. und des gesamten 20. Jahrhunderts. Kaiser *Wilhelm II.* (und nicht nur er) bemühte die „gelbe Gefahr“, *Oswald Spengler* sah den Untergang des Abendlandes voraus, und *Thomas Mann*, im Zweiten Weltkrieg die nicht zufällig aus den USA tönende Stimme eines besseren, eines demokratischen Deutschland, schrieb während des Ersten Weltkrieges gegen die leere, kalte Zivilisation des Westens an – der er die „Kultur“ Deutschlands entgegenhielt. Die katholische Kirche hatte (und hat) generell Schwierigkeiten, sich mit Grundwerten der Aufklärung und der liberalen Demokratie anzufreunden – insbesondere mit dem Status der Frauen. Als Argumentationshilfe dient der Kirche die Wahrnehmung westlicher Dekadenz, in der die Ehe zwischen Frauen und Frauen sowie Männern und Männern umgesetzt wird. Die Zukunft sei in Afrika oder anderswo in der „Dritten Welt“, so die kirchlichen Erwartungen. Doch auch Afrika wird immer westlicher.

Hitler sprach abfällig von den „Plutokratien“, denen er die Stärke absprach, der Dynamik der deutschen Rassen- und der japanischen Militärdiktatur wirksam entgegenzutreten zu können. *Mussolini* machte sich über die Lähmung *Franklin Roosevelts* lustig und sah in der Krankheit des US-Präsidenten den Beweis fehlender Männlichkeit des Westens – Männlichkeit im Sinne des faschistischen Diktators, der auf der Flucht in die Schweiz ein erbärmliches (männliches?) Ende fand. Die europäischen Achsenmächte erklärten, ohne durch das Bündnis mit Japan dazu verpflichtet zu sein, im Dezember 1941 den USA den Krieg, geleitet von einer krassen Unterschätzung des wirtschaftlichen, militärischen, auch moralischen Potenzials der USA.

Demokratie – ein Zeichen von Schwäche? Tatsächlich hatten ja die Demokratien – die britische und die französische und schließlich die US-amerikanische – lange gebraucht, um den Aggressionen in Europa und in Asien entgegenzutreten. Spät, vielleicht schon zu spät? 1942, da schien die Demokratie für viele am Ende, Beleg für einen Kulturpessimismus à la *Oswald Spengler*. *Schumpeters* Demokratietheorie hätte, wie das fast gleichzeitig geschriebene Buch